

Göttweiger Erklärung 2014

Vor 20 Jahren hat sich die österreichische Bevölkerung klar für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ausgesprochen. Zehn Jahre sind mittlerweile seit der Erweiterung um zehn mittel- und südosteuropäischen Länder vergangen, die der EU ein neues Gesicht und Gewicht gegeben haben. Derzeit ist aber nicht nur in der EU, sondern auch in den Mitgliedstaaten eine Reform- und Integrationsfrustration zu konstatieren, die sich gerade mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich zeigt. Eine niedrige Wahlbeteiligung, nationale Diskurse, die europäische Themen überlagern und die Gefahr einer Zunahme antieuropäischer Kräfte in den EU-Institutionen verdeutlichen Symptome einer chronischen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem europäischen Projekt. Diesem Trend gilt es durch eine kritische Bestandsaufnahme entgegenzuwirken, um handlungs- und entscheidungsfähige Institutionen für die nächsten fünf Jahre zu schaffen und die Demokratie in Europa zu stärken.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union befasst sich das Europa-Forum Wachau mit grundlegenden Fragen der europäischen Integration und ihrer Fortentwicklung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in einem (mittel-)europäischen Rahmen.

Es ist gerade vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen aber notwendig, den Diskurs mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu vertiefen sowie eine reflektierte Bestandsaufnahme des europäischen Integrationsprozesses vorzunehmen, bei der Lösungsansätze im Interesse der europäischen Bürger auf nationaler und regionaler Ebene identifiziert werden:

- 1.) Ziel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss es sein, die umfassende Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürgern in einer vernetzten Welt zu gewährleisten. Im Dezember 2013 wurde zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ein Europäischer Rat zum Thema Sicherheit und Verteidigung abgehalten. Die Beschlüsse des Rates stellen eine Grundlage zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Eine effiziente und wirksame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist in Zukunft nur in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Drittstaaten zu realisieren. Den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie den europäischen Institutionen kommt die Verantwortung zu, die entsprechenden Beschlüsse umzusetzen und gemeinsame Aktionen folgen zu lassen. Dies wird durch eine Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit, und die Entwicklung und Verfügbarkeit der notwendigen zivilen und militärischen Fähigkeiten erreichbar sein.
- 2.) Im Juni 2010 beschloss der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Strategie „Europa 2020“, um Europa wettbewerbsfähiger zu machen und aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen. Um Europa dynamischer, stabiler und nachhaltiger zu gestalten ist es aber notwendig, die Politik der Mitgliedsstaaten stärker mit der europäischen Politik zu verzahnen und Politikbereiche (Fiskalpolitik,

Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik) miteinander zu verbinden. Ziel muss es sein, die Wirtschaftspolitik zwischen der EU-Ebene und den Ländern unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips besser zu koordinieren und eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik zu forcieren.

- 3.) In schwierigen Zeiten, in denen der fiskalpolitische Spielraum der EU-Mitgliedstaaten limitiert ist und eine Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) in absehbarer Zeit kaum zu erwarten ist, könnten bilaterale Freihandelszonen einen willkommenen Wachstumsimpuls darstellen. Bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und ihren strategischen Partnern wie den USA oder Japan könnten darüber hinaus als Instrument für eine multilaterale Liberalisierung dienen und somit ein Ansporn zur weiteren Liberalisierung der weltweiten Handelsströme sein. Es ist allerdings notwendig, dass die Verhandlungen über derartige Abkommen transparent geführt und die in der EU und auf nationaler Ebene geltenden sektoralen Mindeststandards weiterhin gewährleistet bleiben bzw. optimiert werden.
- 4.) Die Relevanz von Kultur in den Außenbeziehungen der EU nimmt stetig zu. Einer der Gründe hierfür ist das zunehmende Bewusstsein des bedeutenden Beitrags der Kunst und der Kreativwirtschaft zum BIP. Ein weiterer Grund ist die gesellschaftliche Rolle von Kultur in der internationalen Vermittlung zentraler europäischer Werte. Das Netzwerk der nationalen Kulturinstitute der EU Staaten (EUNIC), das sich die Förderung europäischer Kulturvielfalt zum Ziel gesetzt hat, präsentiert in 88 Clustern weltweit gemeinsame Veranstaltungen.

Innerhalb der EU müssen wir aber auch verstärkt darauf achten, dass parallel zur Europäisierung und Globalisierung der Kulturbeziehungen sich auch die regionale Zusammenarbeit und die Annäherung der Gesellschaften und Kulturen innerhalb der EU und speziell innerhalb Mitteleuropas weiter festigt.